

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, OHL, Kupferberg, Radenormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 202

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 81.—
monatlich M. 27.—

Halver

Dienstag, den 29. August 1922

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite
1 M., auswärts 1.30 M., im Kleinanhang 1 mm Höhe
und 90 mm Breite 4.— M.
Offerten-Versorgung 3.— M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutsche Regierung hat den beiden Delegierten der Reparationskommission vor ihrer Abreise einen Einigungsvorschlag auf der Basis privater Lieferungsverträge für Holz und Kohle überreicht.

* Die Ministerpräsidenten der deutschen Länder sind zu einer Beratung der wirtschaftlichen Notlage nach Berlin geladen worden.

* Der Abgeordnete Dr. Helfferich hat den Vorsitzenden des auswärtigen Ausschusses des Reichstages, den Abgeordneten Stresemann aufgefordert, den Ausschuss sofort zu einer Besprechung der politischen Lage einzuberufen.

* Die französische Regierung teilt amtlich mit, daß weitere Massenausweisungen aus Elsaß-Lothringen nicht mehr erfolgen werden.

* Auf der Konferenz in Verona erklärte Minister Schanzer, daß Italien sich jeder Änderung der staatlichen Verhältnisse in Österreich, also besonders einem Anschluß an Deutschland, widersetzen werde.

* In Amerika ist eine neue Bewegung im Gange, die für eine stärkere Beteiligung Amerikas am europäischen Wiederaufbau eintritt.

Panikstimmung.

Seitdem der Dollar die 2000-Mark-Grenze erreicht und zeitweise sogar schon überschritten hat, sind wir in einen Dauerzustand gespannter Erregung eingetreten, der die schwersten Gefahren in sich schließt. Möglicherweise, daß die Stimmung ruhiger geblieben wäre, wenn nicht zu gleicher Zeit die mündlichen Reparationsverhandlungen in Berlin vor sich gegangen wären, von denen man letzte Entscheidungen erwartete. Aber auch ohnedies hätte die Devisen- und Preisbewegung der letzten Tage auf das allgemeine Gefühl alarmierend gewirkt, schon aus dem Grunde, weil sie sich unmittelbar in jedermann fühlbare praktische Wirkungen umsetzt, denen nachgerade kaum noch ein Haushalt gewachsen ist. Panikartig stürzen sich Käufer aus allen Schichten der Bevölkerung auf die Geschäfte und suchen sich so rasch und in so großen Mengen, wie nur irgend erreicht werden können, mit jeder Art von Gebrauchsgütern einzudecken — für alle Fälle. Mit dem unvermeidlichen Erfolg natürlich, daß die Preise daraufhin noch schneller und in noch gewaltigeren Sprüngen in die Höhe klettern, als es bei ruhiger Haltung des Publikums geschehen würde. Ob diese überhastete Nachfrage auf gegenwärtigem oder zukünftigem Bedarf beruht, oder ob sie lediglich von dem Streben nach Flucht vor der Mark eingeleitet ist, macht natürlich für das Ergebnis des traurigen Kreislaufs, in dem wir uns bewegen, nicht den geringsten Unterschied. Ein Teil treibt immer den anderen, und schließlich glaubt niemand mehr, sich zurückhalten zu dürfen, weil er begreiflicherweise nicht den Wunsch hat, zuletzt als der sogenannte Dumme ausgelacht zu werden.

Aber vielleicht noch gefährlicher als diese niederdrückenden Erscheinungen auf dem Wirtschaftsmarkt sind die seelischen und politischen Wirkungen der letzten Ereignisse. Man spürt es förmlich in der Luft, wie die allgemeine Erregung um sich greift, wie sie sich steigert, und wie die Leidenschaften der Massen sich zu unheilvollen Aktionen zusammenzuballen drohen, von denen niemand vorher wissen kann, wo und wann sie einsetzen werden. Schon erscheinen Aufrufe von radikaler Seite gegen die Kapitalisten wie gegen die Mehrheitssozialisten, gegen die Regierung wie gegen die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, gegenwärtige Parteigruppierungen wie überhaupt gegen alle „Institutionen“, die sich einer unregelmäßigen Aktion und allen wilden Kampfmethoden nach Kräften entgegenstellen. Mit ihnen solle man kurzen Prozeß machen. Die Fahne des Klassenkampfes soll erhoben und von unten her der Bau zum Umsturz gebracht werden, der dazu bestimmt ist, allen Deutschen Raum und Schutz für ihre Arbeit zu gewähren. Es wird eine Sprache geführt, die an Schärfe nichts, aber auch gar nichts mehr zu wünschen übrig läßt. Ihr gegenüber nimmt der Aufruf, den zu gleicher Zeit der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlicht, überaus gemäßigt aus. Auch er spricht davon, daß die Massen der arbeitenden Bevölkerung durch das katastrophale Sinken des Marktkurses zur Verzweiflung getrieben werden. Aber aus dieser trostlosen Lage zieht er die Folgerung, daß jetzt vor allem die Lösung lauten müsse, den Kopf oben zu behalten. Man solle sich von keiner Panikstimmung mit fortreißen und von den Leuten, die in diesem Augenblick zur Selbsthilfe und zu Aktionen aufrufen, nicht ins Verderben ziehen lassen. Wenn wir jetzt auch noch in den Zustand des Bürgerkrieges und der Rassebekämpfung hinabstürzen, dann sei alles verloren. Wer das nicht wolle, müsse die Parteien in ihrem Abwehrkampf gegen das drohende Verderben unterstützen. Und zum Schluß wird um die Zubereitung besonderer Geldmittel gebeten, da die ungeheuren finanziellen Verpflichtungen der Partei aus den laufenden Einnahmen nicht mehr gedeckt werden könnten.

Das mag mancher unter den Parteigenossen der Sozialdemokratie in diesem Augenblick nicht erwartet haben. Der Warnung vor Unbesonnenheit und Verzweiflung aber wird sich nur jeder anschließen können, der es gut meint mit dem deutschen Volke und besonders mit den Armen und Elenden unter uns, deren trostlose Lage kaum noch einer Steigerung fähig ist. Schlimm genug, daß es erst so weit kommen mußte, ehe sich so etwas wie ein gemeinames Volksgedächtnis wieder bei uns bemerkbar macht. Es muß sich vor allen Dingen dahin auswirken, daß alles von uns ferngehalten wird, was die vorhandene Erregung noch geistiglich steigern könnte, und daß alles versucht wird, die verhängnisvolle Entwicklung, die über uns herein gebrochen ist, wenn nicht aufzuhalten, so doch nach Möglichkeit zu verlangsamen. Die Reichsregierung ist mit aller Weisheit und Anstand an Werk gegangen, um zu bremsen. Sie

wird aber nichts anrichten können, wenn nicht auch jeder einzelne Volksgenosse sein Bestes tut, um das Unheil nicht noch zu verschlimmern. Vielleicht ist der Höhepunkt unseres Elends wirklich schon überschritten. Sollte es nicht der Fall sein, so haben wir doch wenigstens keine Ursache, den Fortgang der Katastrophe gar noch zu beschleunigen.

Die Abwehrmaßnahmen der Regierung.

Die steigende wirtschaftliche Not ist selbstverständlich für die Reichsregierung ein Gegenstand der ersten Sorge. Am Freitag und Sonnabend fanden Kabinettsitzungen unter Teilnahme der preussischen Minister und des Reichspräsidenten statt. Auch die Ministerpräsidenten der Länder wurden zu einer Beratung nach Berlin geladen. Man ist sich in Regierungskreisen darüber klar, daß angesichts der ständig wachsenden Notlage die Maßnahmen mit größtmöglicher Schnelligkeit ergriffen und durchgeführt werden müssen. Dem Kabinett liegen zahlreiche Einzelvorschläge vor, wie die durch das Steigen des Dollarkurses hervorgerufene Teuerungsnote bekämpft werden könnte. Die Gewerkschaften haben der Reichsregierung ein so umfassendes Programm vorgelegt, daß sich fast alle von der Regierung ausgehenden Vorschläge, die jetzt im Kabinett überprüft werden, irgendwie mit diesem Programm berühren. So ist man in der Regierung der Ansicht, daß ein großer Teil dieser Forderungen ohne Zweifel verwirklicht werden kann, während andere Maßnahmen unbrauchbar erscheinen. An eine Kontrolle des Devisenhandels denkt die Regierung nicht, da bisher ihr noch kein Weg gewiesen ist, der eine ausreichende Bekämpfung der Devisenpekulation bietet. Dagegen beabsichtigt die Regierung, mit den Banken sich in Verbindung zu setzen, um mit diesen Maßnahmen zu beraten. Die Erhöhung der Ausfuhrabgaben, die für den 1. September bereits vorgesehen war, wird wahrscheinlich um ein weiteres gesteigert werden. Man ist auch bereit, Einschränkungen der Einfuhr von Luxusartikeln durch Einfuhrverbote vorzunehmen. Besonders sorgfältig wird die Regierung der Beschaffung von Lebensmitteln zuwenden. Es ist geplant, eine Beschränkung des für Bierbrauerei, Wein-, Schnaps-, Konfitüren- und Fruchtweinfabrikation freigegebenen Zuckers vorzunehmen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Fähigkeit zur Leitung eines Amtes.

Im Reichsarbeitsministerium sind eine Anzahl von früheren Offizieren zu Regierungsräten, Oberregierungsräten und Direktoren aufgerückt. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Versorgungsabteilung, die die Rentenversorgung der Kriegsschädigten und Hinterbliebenen bearbeitet. In einer amtlichen Erklärung wird gesagt, daß das Reichsarbeitsministerium steht auf dem Standpunkt, daß die Fähigkeit zur Leitung eines Amtes ganz wesentlich von Umständen beeinflusst wird, deren Vorhandensein oder Mangel sich nicht so sehr bei Prüfungen als im praktischen Leben erweist.

Wadische Maßnahmen gegen Valutamutnieker.

Da das Land von fremden Valuta-Auskäufern überflutet wird, wurden die Bezirksämter, die Gendarmerie- und Bürgermeistereiämter angewiesen, gegen Reisende, bei denen der Verdacht unerlaubter Einfuhr, insbesondere auch über das besetzte Gebiet vorliegt, sofort polizeiliche Vorzugehen und die gerichtliche Bestrafung der Ausländer herbeizuführen. Außerdem werden die Bezirksämter derartige Ausländer aus Baden ausweisen.

Schwindelhafte Arbeiterwerbungen für das Ausland.

In letzter Zeit mehrten sich in auffälliger Weise die Anzeigen in Zeitungen, nach denen Arbeitskräfte für das Ausland gegen freie Überfahrt gesucht oder Stellen zu vorteilhaften Bedingungen angeboten werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es sich bei derartigen Inseraten um groben Schwindel handelt und daß es nur auf die Einförmigkeit der ausbedungenen internationalen Antwortschreiben, die einen Wert von 250 Mark darstellen, abgesehen ist. Es kann daher nur darauf gewarnt werden, auf derartige Angebote einzugehen, jedenfalls ist es ratsam, zuvor an zuständige Stelle Erkundigungen einzuziehen. Dies kann zweckmäßig bei dem Reichswanderungsamt und seinen Zweigstellen geschehen.

Ein französischer Verständigungsvorschlag.

Die Zeitungsmitteilungen über die teilweise Aufhebung der französischen Retorsionsmaßnahmen werden durch eine amtliche Mitteilung der französischen Botschaft in Berlin nunmehr bestätigt. Danach werden einstweilen neue Massenausweisungen von deutschen Einwohnern Elsaß-Lothringens nicht mehr erfolgen. Die Sequestrierung der Güter der Vertriebenen ist aufgehoben. Auch die deutschen Güter sind wieder freigegeben. Die Aufhebung der weiteren Retorsionsmaßnahmen wird für den Fall der Zahlung der restlichen Ausgleichsräte in Aussicht gestellt. Gleichzeitig schlägt die französische Regierung vor, in Verhandlungen über den Abschluß eines der Reparationskommission zu unterbreitenden deutsch-französischen Abkommens über eine endgültige Regelung der Ausgleichszahlungen einzutreten. Die Bereitwilligkeit hierzu ist der französischen Botschaft erklärt worden.

Für das Verbleiben Oberschlesiens bei Preußen.

Das ober-schlesische Zentrum, die Sozialdemokratische, die Demokratische, die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei haben gemeinsam einen Aufruf erlassen, in dem sie ihre Anhänger auffordern, bei der Abstimmung am 30. September für das Verbleiben Oberschlesiens bei Preußen zu stimmen.

Schecho-Slowakei.

* Das Bündnis mit Südslawien. In Marienbad hatten die jugoslawischen Ministerpräsidenten Paschitsch und Dr. Benesch eine Besprechung über alle Fragen der internationalen Politik. Die Regierungschefs beider Länder stellten die Übereinstimmung ihrer Ansichten fest und verlängerten und ergänzten den früheren Allianzvertrag. Neben den politischen Vereinbarungen kamen die Ministerpräsidenten dahin überein, daß neue Maßnahmen in wirtschaftlichen, finanziellen und Handelsangelegenheiten zur Befestigung der Lage beider Länder getroffen werden.

Frankreich.

* Millerand an die Damen. In Rambouillet empfing Präsident Millerand eine Abordnung amerikanischer Damen der sogenannten „Goodwill-Delegation“, einer Vereinigung, die Unterstützungsgelder für die zerstörten Gebiete Frankreichs sammelt. Der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten verlas im Namen der Delegation eine Begrüßungsbotschaft, auf die Präsident Millerand u. a. erwiderte, er hoffe, die Damen würden in Amerika berichten, was sie gesehen hätten, und die Bevölkerung über die wahre Absicht Frankreichs aufklären. Er sagte: Wir sind friedfertig, aber wir werden uns nicht hinter das Licht führen lassen. Sie haben mit eigenen Augen die Verwüstungen gesehen, die zum großen Teil „absichtlich und planmäßig“ in zehn unserer Departements angerichtet wurden. Sagen Sie der Welt, daß die Franzosen von gutem Willen besetzt sind und den Frieden der Gerechtigkeit und Sicherheit verdienen. — Sollten nicht selbst die amerikanischen Damen wissen, daß Frankreich diesen Frieden haben kann, wenn es ihn nicht selbst dauernd stören würde?

Aus In- und Ausland.

Berlin. Das Verbot des kommunistischen Zentralorgans „Rote Fahne“ ist auf zehn Tage herabgesetzt worden, nachdem das Blatt entsprechende Erklärungen abgegeben hatte. Das Verbot war zunächst auf drei Wochen ausgesprochen worden.

München. Die Polizei verbietet die von den Vereinigten Vaterländischen Verbänden Münchens geplante öffentliche Kundgebung zu dem Berliner Vorkommnis. Trotzdem fanden Ansammlungen statt, die von der Polizei auseinandergetrieben werden mußten.

Paris. Der „Matin“ verbreitet abermals Nachrichten über ein von deutscher Seite gegen Poincaré geplantes Attentat. Diese alle paar Wochen wiederholten fragwürdigen Gerüchte haben den alleinigen Zweck, bei der Bevölkerung Stimmung gegen Deutschland zu machen.

Der deutsche Einigungsvorschlag.

Privatlieferungsverträge für Holz und Kohlen.

Die Berliner Besprechungen mit Bradbury und Maucelère sind in letzter Stunde durch einen völlig neuen deutschen Einigungsvorschlag vor dem gänzlichen Scheitern bewahrt worden. Nachdem von deutscher Seite im Laufe der Woche unweigerlich fest auf der Ablehnung der „produktiven Pfänder“, die Poincaré für das Moratorium forderte, bestanden worden war, und nachdem auch der Vorschlag, das Erträgnis der Bergwerke und Forsten statt dieser selbst als Pfand zu stellen, abgelehnt worden mußte, weil er im Grunde auf dieselbe Enteignung hinauslief, nachdem ferner der deutsche Gegenantrag, einen Devisenfonds von 40 bis 50 Millionen als Garantie anzusammeln von den gegnerischen Delegierten verworfen wurde, sah man keine Möglichkeit der Einigung mehr. Da warf die deutsche Regierung am Abend vor der Abreise der beiden Delegierten einen ganz neuen Plan in die Debatte, der ungefähr auf folgenden Gedankengängen beruht:

Die deutsche Regierung wäre bereit, die im Friedensvertrag Deutschland auferlegten Holz- und Kohlenlieferungen dadurch ein für allemal sicherzustellen, daß sie mit deutschen Holz- und Kohlenlieferanten bzw. Produzenten feste Lieferungsverträge abschließt, in denen die im geschäftlichen Verkehr üblichen Sicherungen zu berücksichtigen wären (Konventionalstrafen). Die unmittelbare Verständigung auf einer solchen rein kaufmännischen Basis würde im besonderen auch die Befürchtungen Frankreichs zerstreuen, daß die deutsche Industrie sich bewußt der Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen des Reiches widersetzen könne.

Dieser Vorschlag war erst ermöglicht worden nach Besprechungen mit einer Reihe hervorragender Vertreter der Industrie. Diese sahen sich, vor allem dank dem Abschluß des Überschichtenabkommens mit den Bergarbeitern im Ruhrrevier, in der Lage, die erforderlichen Zusicherungen zu geben und ihre Bereitwilligkeit zum Abschluß derartiger Lieferverträge vorläufig bis Ende 1923 zu erklären.

Bradbury und Maucelère reisten mit diesem Vorschlag am Freitag mittag nach Paris zurück und legten ihn dort der Reparationskommission vor. Zunächst muß dem in aller Eile nur flüchtig übermittelten Plane eine genaue Ausarbeitung nachgeschickt werden, und dann wird die Reparationskommission Beschluß fassen, ob sie daraufhin dem Moratorium zustimmen will.

Innerpolitisch wird eine Wirkung dieses neuen Vorschlages in der Richtung erwartet, daß ein enger Zusammenarbeiten der Großindustrie mit den Bergleuten zur Festigung der nationalen Einheit beiträgt. Außenpolitisch nimmt man an, daß die Opfer, welche die Schwerindustrie im allgemeinen und Hugo Stinnes im besonderen durch eine Art von Garantienübernahme für das Reich gebracht haben, nicht ohne Wirkung in Paris sein werden. In Paris erwartet man, daß Stinnes zu weiteren Beratungen bereit kommt.

Das erste Echo aus Paris.

Die Berliner Korrespondenten der Blätter erklären in durchdringender Tendenz, daß die Verhandlungen mit der deutschen Regierung gescheitert seien. Auch die letzten Vorschläge des Reichsfinanzministers hätten Bradbury und Maucelère nicht

Die Reparationskommission in Brüssel. Der Bericht ihrer Delegierten über die Berliner Verhandlungen entgegenzunehmen. Trotz dieser Stimmungsbewertung scheint die Lage doch nicht ganz hoffnungslos zu sein. „Petit Parisien“ betont, daß die französische Regierung ihre volle Handlungsfreiheit bewahrt hat. „Echo de Paris“ meldet, Poincaré werde den Herren Dubois und Mauchère erklären, daß die Reparationskommission sich beeilen müsse, sonst würde die französische Regierung nicht abwarten, bis sie ihre Beschüsse lenne.

Deutschland — ein Bollwerk des Friedens!

Eine Rede des Prof. Rehnke in Hamburg.

In der letzten Sitzung der Hamburger Überseewoche hielt der bekannte englische Politiker Prof. Rehnke einen bemerkenswerten Vortrag über die Reparationspolitik. Seine Leitgedanken waren folgende:

Rehnke hält ein Moratorium für unbedingt notwendig und verlangt von einer endgültigen Regelung erstens die Streichung von Sachleistungen, zweitens die Aufhebung der Reparationskommission und drittens vor allem die Beendigung der Besetzung der Rheinlande. Dann würde für Deutschland ein Finanzproblem gegeben sein, dessen Lösung die Fähigkeiten seiner Sachverständigen nicht übersteigt und dessen Bekämpfung seine Politiker nicht zu sehr belastet. Rehnke meint, wenn die Gesamtschuld Deutschlands, abgesehen von den schon bewirkten großen Zahlungen, auf 40 Milliarden Goldmark festgelegt würde und dieser Betrag etwa 1930 fällig wäre, so würde jeder vorher gezahlte Betrag von der zu diesem Zeitpunkt geschuldeten Summe zusätzlich 6 Prozent Zinseszinsen vom Zeitpunkt einer jeden Zahlung bis zum Fälligkeitsdatum abgezogen werden. Von 1924 ab würden die Zinseszinsen sich auf mindestens eine Goldmilliarde zu belaufen haben. Die 1930 noch geschuldete Summe wäre alsdann durch eine Reihe mehr und mehr abnehmender Zahlungen auf fünfzehn Jahre zu verteilen. In diesem Falle würde es im Interesse Deutschlands liegen, so rasch wie möglich zu bezahlen. Rehnke ist durchaus nicht optimistisch in bezug auf Deutschlands nächste Zukunft. Ein folgenreicher Rückschlag nach der trügerischen Hochkonjunktur scheint vielmehr unvermeidlich. Er schloß unter begeisterten Beifall mit folgendem Satz:

„Die wertvollsten Güter des Lebens haben nur wenig mit internationalen Fragen zu tun. Aber eines ist die Grundbedingung für alles Gute: Frieden! Ich könnte mir vorstellen, daß in Deutschland die herrschende Stimmung sich dahin wenden wird, ein wiederaufgebautes Deutschland zu einem Bollwerk des Friedens Europas zu machen.“

Zum Schluß sprach Geheimrat Cuno noch Worte des Dankes an alle, die den Weltwirtschaftskongreß sowie die Überseewoche überhaupt durch ihre Mitarbeit ermöglicht haben.

Amerika und Europa.

Für die Teilnahme am Wiederaufbau.

Nachdem Amerika mit seinen Milliarden, seinen Granaten und seinen Regimenten den Krieg entschieden und mit seinen trügerischen 14 Punkten den Frieden vorbereitet hat, der dann leider ganz anders ausfiel, hat man der Großmacht jenseits des Ozeans mit Recht einen großen Teil der Verantwortung an diesem Scheitern zugesprochen und man hat es den Amerikanern in Europa sehr verüßelt, daß sie durch ihre übertriebene Zurückhaltung und Gleichgültigkeit gegenüber den europäischen Fragen die katastrophale Nachkriegspolitik der Franzosen geduldet und indirekt begünstigt haben. Jetzt regt sich auch in Amerika Widerstand gegen diese Passivität, durch die Europa so sehr in Verfall gerät, daß auch Amerika die Wirkungen davon zu spüren bekommt. In diesem Zusammenhang wird einer

Unterredung zwischen Cox und Lloyd George,

die dieser Tage in London stattfand, große Bedeutung beigemessen. Als Kandidat für die Präsidentschaft im Jahre 1920 war Cox Harding unterlegen. Er war der Kandidat der Finanzwelt Newyorks, während Harding von der restlichen Finanzwelt unterstützt wurde. Cox hat jetzt Lloyd George die Ansichten und Wünsche der Newyorker und der Chicagoer Finanzleute mitgeteilt, die Lloyd Georges gegenwärtige Bestrebungen zu unterstützen bereit sind, also die Zurückhaltung Amerikas von den europäischen Fragen aufgeben wollen. Bei der im November bevorstehenden Wahl des neuen Kongresses in Amerika wird einer der Hauptpunkte im Wahlkampf der Ruf sein: „Für oder gegen die Teilnahme an Europas Wiederaufbau!“

Eine Konferenz der amerikanischen Bankiers,

die jetzt in Williamstown stattfindet, befaßt sich mit der gleichen Frage. Es werden auch dort Pläne zur Wiederaufbau Europas erörtert. In diesen Plänen werde die

Streichung der Schulden der kontinentalen Anleihen an Amerika in Aussicht genommen; die Schulden Englands müßten jedoch bezahlt werden. Die Reformen auf dem Kontinent, auf denen bestanden werden müßte, umfassen: Reform der Staatsfinanzen einschließlich Steuererhöhung und Verminderung der Steuerlast; Wiederherstellung der Goldbasis auf einer neuen, viel niedrigeren Goldparität; eine wirtschaftliche Regelung der deutschen Reparationsfrage, die eine große Herabsetzung der Forderungen an Deutschland umfasse, sowie ein Moratorium von drei oder fünf Jahren, falls keine ausländische Anleihe zustandekommt, schließlich Beseitigung der zahlreichen künstlichen Handelschranken.

Böswillige Gerüchte.

Keine deutschen U-Bootmotoren für Rußland.

Von amtlicher Stelle wird erklärt, daß böswillig un- wahre und törichte Nachrichten verbreitet werden, offenbar in der Absicht, die Beziehungen zu unseren ehemaligen Feinden noch mehr zu erschweren, als dies bereits der Fall ist. Hierzu gehört das Gerücht, Deutschland beabsichtige, die russische Flotte mit U-Boot-Dieselmotoren zu versorgen. Eine bekannte Firma habe für diesen Zweck einige Maschinen hergestellt, die in Frachtschiffe und Eisbrecher eingebaut und dann mit den Schiffen zusammen an Rußland verkauft werden sollen. Diese Nachricht ist in vollem Umfange erfunden. Es sind keine U-Boot-Dieselmotoren oder ähnliche Maschinen für die russische Flotte in Deutschland hergestellt, geschweige denn an Rußland ausgeführt worden. Dazu kommt, daß die maßgebenden Stellen auf Grund des gegenwärtigen Standes der Gesetzgebung in der Lage sind, die Veräußerung von Kaufkraftschiffen ins Ausland und ihre Ausfuhr zu verbieten. Von dieser Möglichkeit würde gegebenenfalls selbstverständlich Gebrauch gemacht werden.

Totales und Provinzielles.

Halver, 29. August 1922.

□ Das Gute an dem Regensommer. Die vielen Klagen über den verregneten Sommer fordern zur gerechten Beurteilung dieses Viebelwäters, daß man sich auch mit seinen Vorzügen beschäftigt. Ein englischer Arzt Wilson hebt nun hervor, daß solche Regensommer vom hygienischen Standpunkt aus freudig zu begrüßen sind. Es gibt dann wenig oder gar keine Fliegen, so daß diese gefährlichen Krankheitsüberträger nicht wirksam werden. Auch wirken der Regen und die Kälte der Erdoberfläche darauf hin, daß viele gefährliche Bakterien zerstört werden. Jahre mit nassen und kalten Sommern haben stets einen guten Bevölkerungszuwachs, denn für die Säuglinge ist die Hitze immer die größte Gefahr. Daher ist auch in diesem Sommer die Säuglingssterblichkeit sehr gering. Ältere Leute leiden nicht unter der Wärme und werden nicht so von ihren Hauptfeinden, Bronchitis und Lungenentzündung, heimgesucht. Die Sterblichkeitsziffer in England betrug in den letzten nassen Monaten nur 9 auf 1000, dagegen im Januar 30. Man hat auch die Beobachtung gemacht, daß nach kalten Sommern keine Epidemien auftreten, und besonders ist für den Winter kein starkes Wüten der Influenza zu fürchten.

—* Ein Wort für die Zeitung der Heimat.

Der Evang. Landespresbyterverband für Sachsen schreibt: Durch die gewaltige Steigerung ihrer Herstellungskosten haben sich die Zeitungen genötigt gesehen, ihre Bezugspreise zu erhöhen. Das legt manchem Leser den Gedanken nahe, auch seine Ortszeitung abzubestellen. Es ist bekannt, mit welchen geringfügigen Namen oft die kleinen Zeitungen belegt werden, aber nicht genügend bekannt ist, welche bedeutsamen Kulturfaktor sie bilden. Sie bringen durch ihre Nachrichten aus der Umgebung die Mitbürger, die Stadt- und Dorfgemeinden, die Gemeindeglieder des Bezirks einander nahe; sie pflegen Heimat- und Nächstenliebe. Es würde etwas vom Nützlichsten und Trefflichsten aus unserem öffentlichen Volksleben verschwinden und die Verwurzelung in der Heimat, ohne die der Mensch innerlich krank wird, wäre in einem wichtigen Stück zerschnitten, wenn unsere kleine örtliche Presse aufhören müßte oder durch Allerweltsblätter ersetzt werden. Diese verhängnisvolle Entwicklung wirst du nicht wollen herbeiführen helfen; darum spare

gewünscht, daß ihnen ihre Rechte würden. An mich und meine Vorfahren habe ich nie gedacht! Nur, daß du doch vielleicht Erich und Lora adoptieren würdest! Erich hat manchmal unter diesen Unklarheiten gelitten. Lora hat es ja nicht anders gewußt.“

Ottomar Altwörden hielt beschwörend ihre Hände. „Erich, hilf mir deine Mutter bitten, daß sie einwilligt! Denk an Tutta von Eggert! Sie hat um dich gekümmert, Erich.“

„Vater,“ wie fremd, wie ungewohnt ihm selbst das Wort nach Klang. „Vater, laß der Mutter Zeit, sich an diesen Gedanken zu gewöhnen.“

„Nein,“ beharrte Ottomar Altwörden. „Wir haben nicht viel Zeit zu verlieren! Bedenkt, daß ich noch ein Kind habe, das der Mutterliebe sehr bedürftig ist! Meine kleine Sissi. Ich habe ihr versprochen, ihr eine neue, sehr liebevolle Mama mitzubringen, und mit dieser ihre geliebte Lora! — Gib mir deine Zusage, Maria, dann wollen wir noch heute zusammen bei dem Oberförster von Eggert für unseren Sohn um seine Tochter bitten.“

Acht und zwanzigste Kapitel.

Der Oberförster war sehr verwundert, als er von dem Fenster seines Arbeitszimmers aus die Mutter des Försters Berger in Begleitung ihres Sohnes — nein, das war er doch nicht, das war ein älterer, sehr vornehm aussehender Herr — sich der Oberförsterei nähern sah.

Sie würde doch nicht etwa gar —? Was fiel der Frau ein? Sollte sie vielleicht um gut Wetter bitten? Und merkwürdig — sie sah ordentlich jung aus — ihr Gana war leicht und elastisch.

Er beobachtete die beiden schärfer — richtig, sie kamen zu ihm, und kurz danach überreichte ihm das Einbrennmal eine Karte: Ottomar Graf Altwörden, Herr auf Lengefeld und Gersau.

„Der Herr Graf wünscht Herrn und Frau Oberförster in einer wichtigen Angelegenheit zu sprechen.“

Etwas hilflos blickte er die Karte in der Hand. Er kannte ja den Grafen gar nicht! Auf jeden Fall hatte der aber mit Bergers zu tun: wie kam er sonst hierher? Eigentlich hatte er keine Lust zu einer Aus- sprache — aber immerhin: abweisen konnte man den Herrn Grafen auch nicht! Er ließ seiner Frau Bescheid sagen und ging dann hinüber ins Empfangszimmer.

lieber an Tabak und Zigaretten, trinke ein paar Glas Bier weniger in der Woche und bleibe deiner Heimatzeitung treu.

† Halver, 28. Aug. Raich tritt der Tod den Menschen an, dieses Sprichwort hat sich am Freitagabend wieder bewahrheitet. Der bei dem Landwirt Kaiser zu Schlechtenbach bedienstete Fritz Hevendehl, bei den älteren Bürgern bekannt unter dem Namen „Post- hauer Fritz“, erlitt am genannten Tage bei einer Feld- arbeit einen Herzschlag, der seinem Leben plötzlich ein Ende machte.

† Halver, 28. Aug. Der Theater-Verein „Edel- weiß“, Dedinghausen beging am gestrigen Sonntag im Saale der Karlsruhöhe sein diesjähriges Sommerfest, bestehend aus theatralischen Aufführungen. Der Besuch war ein sehr guter. Der geräumige Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Nach vorausgegangenem Musikstück kam das Theaterstück „Der Millionendieb“ in fünf spannenden Akten zur Aufführung und fand reichen Beifall des Publikums. Ganz besonders sei das vielfach schon bekannte Drama: „Das Todesurteil“ erwähnt. Es wurde in einer sinnigen Weise vorgetragen und von den Zuhörern mit Teilnahme aufgenommen. Meisterhaft haben es die jungen Künstler verstanden, sich ihrer Aufgabe zu entledigen. Sie wurden mit großem Beifall belohnt. Ferner wurde das Theater- stück: „Von meinen Bergen muß ich scheiden“, sowie zwei Coupletts gegeben. Alles in allem kann das Fest als wohl gelungen betrachtet werden und wird jeder Be- sucher mit dem Bewußtsein nach Hause gegangen sein, eine genugsame, unterhaltende Stunden verbracht zu haben. Den musikalischen Teil machte sich das Hal- versche Salonorchester zu eigen und hat unter ihrer bewährten Leitung mit an der Verschönerung der Ver- anstaltung beigetragen. Ein gemütlicher Ball beschloß die Feier. So ist es uns auch in Halver vergönnt, einer einheimischen Theater-Verein zu besitzen und wir wünschen ihm ein ferneres Blühen und Gedeihen.

Meinerzhagen, 26. Aug. Diebstahl. Auf der Bahnstrecke Neubau Meinerzhagen—Olpe wurden von den Lokomotiven der Firma Spielmann sämtliche Kupfer- und Messingteile gestohlen. Den Tätern ist man auf der Spur.

Gevelsberg, 28. Aug. Zur Denkmalsfrage. Die Sozialisten wünschen Entfernung des Kriegerdenkmals mit der Büste Kaiser Wilhelm I. und der sozial. Bürger- meister will ihnen zu Willen sein. Der Bürgerbund hat gegen diese Absicht Stellung genommen und eine Abordnung nach Münster entsandt, die vom Ober- präsidenten empfangen worden ist. Dieser äußerte sein Befremden darüber, daß man in dieser Zeit größter wirtschaftlicher Not im Stadtverordnetenkollegium sich mit der Frage einer Denkmalsentfernung befasse. Ein solcher Beschluß werde auch nicht die Zustimmung des Ministers des Innern finden. Der Oberpräsident ver- sprach, sich unverzüglich mit dem Bürgermeister in Verbindung zu setzen und dahin zu wirken, daß das Denkmal unverändert auf seinem bisherigen Standort am Niergenaplatz stehen bleibe.

Bodum, 26. Aug. Die Ruine Blankenstein ist von der Stadt Bodum käuflich erworben worden. Der Kauf ist als eine Ergänzung der Wasserburg Remnade gedacht, die von der Stadt schon im vorigen Jahre übernommen wurde.

Koblenz, 25. Aug. Der Ausverkauf der Städte besetzten Gebiets durch Ausländer hat in den letzten 8 Tagen immer schlimmere Formen angenommen. Die Züge die von der Grenze herkommen, sind voll besetzt mit Ausländern, die ihre Reise nach dem Rheinland nicht als Erholung, sondern als Einkaufsreise benutzen. Einzelne Warengattungen des täglichen Bedarfs, ins- besondere Schuhe und andere Bekleidungsstücke sind fast ausverkauft und im Preise so hoch getrieben, daß der Zivilbevölkerung die Beschaffung unmöglich gemacht wird. Regierung und Handelskammer bereiten erst jetzt Maßnahmen vor, um eine Katastrophe zu ver- hüten. In Verbrauchertreien ist man der Ansicht, daß diese Maßnahmen zu spät kommen, fordert aber trotzdem

Stets begrüßte er die Mutter des Försters; er so- wohl wie seine Frau konnten es nicht über sich gewin- nen, ihr die Hand zu reichen.

Graf Altwörden stellte sich vor und bat dann, auch zugleich im Namen seiner Frau — dies mit einer Be- wegung zu Frau Maria — um die Einwilligung Herrn von Eggerts zur Heirat seiner Tochter Tutta mit seinem Sohne Erich.

Als ob man sich einen schlechten Wit mit ihm er- laubt hätte, so sah der Oberförster die beiden an. Graf Altwörden klärte die Sachlage auf und fügte dann noch hinzu:

„Mein Sohn Erich war viel zu stolz, um je Vorteil aus seiner Herkunft ziehen zu wollen. Ein Wort von ihm, und ich hätte ihm jeden seiner Wünsche erfüllt! Er hat das aber verschmäht, hat sich mir nie genähert, weil er alles der eigenen Kraft und Tüchtigkeit verdan- ken wollte! Doch jetzt hat er eingewilligt, nach Schloß Lengefeld überzusiedeln und seinen richtigen Namen Graf Erich Altwörden anzunehmen, um seiner Braut willen.“

Ehe der etwas schwerfällige Oberförster das Ge- hörte fassen konnte, hatte seiner Frau beweglicherer Geist alles begriffen, und Frau von Eggert sah die Zukunft ihrer Tochter so glänzend, wie sie es sich nie hatte träumen lassen. Da flog ihr noch ein Gedanke durch den Kopf.

„Eine Frage, Herr Graf — weiß Seine Hoheit darum?“

„Zunächst, gnädige Frau! Mein Sohn hat dem Her- zog alles mitgeteilt. Wir sind für übermorgen zur Audienz befohlen, da Seine Hoheit ein lebhaftes In- teresse äußerte, den Ausgang dieser Angelegenheit zu erfahren. Der Herzog hat meinem Sohn auch gnädigst die Teilnahme an der Hochzeitsfeier in Aussicht gestellt.“

Ah, darum auch die so überaus große Guld des Herzogs — jetzt wurde es den Eggerts klar. Innerlich frohlockte die Frau Oberförster — welche ungeahnte, be- glückende Wendung! Die Romantik dieser Liebe schien ihr nun in einem ganz anderen Lichte. Erich hatte ja genau gewußt, daß er es wohl wagen durfte, seine Augen auf die Tochter seines Vorgesetzten zu richten! Und ein so interessanter und schöner Mann — war es Tutta zu verdanken, wenn sie sich von seiner Liebess- würdigkeit gefangen nehmen ließ?

(Fortsetzung folgt.)

Mag auch die Liebe weinen...

Roman von Fr. Lehne.

82 (Nachdruck verboten)

Und dann saßen sie und sprachen von Lora und Ottomar Altwördens Augen leuchteten glücklich, daß diese holde Mädchenblüte, die er immer schon wie eine Tochter geliebt, wirklich seine Tochter war, ihr An-

blick habe ihn ständig an die Vergangenheit gemahnt, sagte er, so groß sei die Ähnlichkeit mit Maria gewe- sen, daß er nicht mehr zur Ruhe gekommen sei; immer habe er geforscht und gegrübelt, habe sie nach ihren Angehörigen gefragt — und immer mehr habe sich der Gedanke in ihm verdichtet, Lora Berger müsse seine Tochter sein — er sei nicht mehr losgekommen davon. Und als erste Spur, die ihn vielleicht zu seiner Fami- lie führen könnte, habe er die Herkunft der jungen Er- zieherin seiner Kinder nachforschen wollen! Da sei dann Mübigers Telegramm gekommen: Maria und die Kin- der gefunden.

Ein warnender Blick Erichs ließ ihn von dem Thema Mübiger abbrechen; noch war es nicht an der Zeit, dabei länger zu verweilen. Und Ottomar Altwör- den verstand.

Er hielt Erichs Hand; er konnte sich nicht satt sehen an ihm.

„Und du willst ein Weib nehmen, mein Sohn? Ein vornehmes, schönes Mädchen liebt dich — ich habe deinen Brief an meinen Bruder gelesen. Ich weiß,“ sagte er zu Maria, „daß und warum die Eltern dieses Mädchens eine Heirat mit unserem Erich nicht wün- schen. An dir, Maria, liegt es nun, dieses Hindernis zu beseitigen: willst du mir die Hand zum neuen Ehe- bunde reichen? Ich bin als ein freier Mann zu dir ge- kommen, um dir das zu geben, was ich dir damals in unbegreiflicher Verblendung verweigerte — und mit deiner Einwilligung verschafft du unserem Sohne das Glück, nach dem er verlangt.“

Eine glühende Rote überzog ihr Antlitz, das dann wieder erschreckend blaß wurde. Sie schüttelte den Kopf, hob abwehrend die Hand.

„Nein, Ottomar! Der Gedanke ist mir nie gekom- men, nie mehr, und jetzt erhebe es mir abae- schmach! Ich habe nur für meine Kinder gehofft und

Kreditnot und Landwirtschaft.

Während vor dem Kriege den landwirtschaftlichen Kreditnoten allmählich immer leichter und, man möchte sagen, schließlich reiflos durch unser vorzüglich ausgebautes Genossenschaftswesen abgeholfen werden konnte, sind sich heute erfahrene Genossenschaftler darüber klar, daß bei der durch die rasende Geldentwertung bedingten „Preisbildung“ gerade das landwirtschaftliche Kreditwesen einer kräftigen Ergänzung bedarf.

Die den Genossenschaften zur Verfügung stehenden Mittel reichen heute nicht aus, den Geldbedarf der Genossen bei den zu erwartenden weiteren Preissteigerungen zu decken. Die den Genossenschaften aus den Ernteergebnissen zustehenden Mittel sind naturgemäß an die zur Erntezeit herrschenden Preise mehr oder weniger gebunden.

Die Genossenschaften arbeiten ihrem Wesen nach mit beschränkten eigenen Mitteln, ergänzt durch Kredite, die auf Grund der Kassumsche und sonstigen Unterlagen in Anspruch genommen werden. Diese Kredite, namentlich für das Warengeschäft der Genossenschaften, werden wiederum aus den Mitteln der Genossenschaften, insbesondere Spar- und Darlehnskassen geleistet, die über die Überschüsse verfügen. Gegenwärtig verringern sich nicht nur die Guthaben bei den Genossenschaften, sondern es steigen die Kreditansprüche erheblich. Es ist daher für die kreditnehmende Landwirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung, daß ihr neben den Genossenschaften und mit diesen verbündet Institute zur Verfügung stehen, die ein stärkeres und nicht flüchtbares Eigenkapital zur Verfügung haben und die über den Geschäftskreis der Genossen hinaus in der Lage sind, Depositen heranzuziehen.

Die Aktienbank verfügt ihrem Wesen nach über größeres Eigenkapital, das ihr in keiner Weise nach den gesetzlichen Bestimmungen entzogen werden kann. Deshalb wird es gerade angesichts der gegenwärtigen und kommenden Kreditnot von ausschlaggebender Bedeutung für die Tragfähigkeit des Genossenschaftswesens sein, daß nicht an die Genossenschaften allein die steigenden Kreditansprüche der Landwirtschaft heranwogen, sondern jeder Genossenschaftler muß es begrüßen, wenn für Ableitung nach anderen der Landwirtschaft dienenden Kreditinstituten gesorgt ist. Daher muß auch in Kreise der Genossenschaften die Bank für Landwirtschaft, Aktien-Gesellschaft, als gleichberechtigt und den gleichen Zielen zuwandernd anerkannt und unterstützt werden.

Die Nachversteuerung.

Nach der Fassung des Gesetzes zur Änderung der Erbschaftsteuer § 26, Abs. 1, Nr. 1, Zusatz ist eine gewisse Steuerfreiheit des Gattenerbes festgelegt. Diese Steuerfreiheit gilt rückwirkend vom 1. 7. 1921 an. Es ergibt sich hieraus, daß das Gattenerbe, welches in der Zeit vom 10. 9. 1919 bis 1. 7. 1921 angefallen ist, der Besteuerung unterliegt. Wenn hierin, schon angesichts der Tatsache, daß gerade in diese Zeit eine große Anzahl von Todesfällen infolge Kriegsverletzung und Selbstmordes fällt, eine außerordentliche Härte liegt, welche aber im Rahmen des geltenden Rechts nicht zu beseitigen ist, so wird diese Härte jedoch noch weiter in erheblichem Maße dadurch verschärft, daß, wie eine Eingabe des Reichs-Landbundes an den Reichsfinanzminister geltend macht, Grundstücke, welche als Gattenerbe in der Zeit zwischen dem 10. 9. 1919 und dem 1. 7. 1921 angefallen sind, bei einem Verkauf auch unter der Herrschaft des neuen Erbschaftsteuergesetzes der Nach- und Höherveranlagung gemäß § 47, Abs. 6 alter Fassung unterliegen können, während Grundstücke, die als Gattenerbe nach dem 1. 7. 1921 angefallen sind, weder der Steuer, noch bei einem späteren Verkauf der Nachversteuerung unterliegen.

Der Reichs-Landbund steht auf dem Standpunkt, daß ein Verkauf von Grundstücken, welche vor dem 1. 7. 1921 als Gattenerbe angefallen und nach dem 1. 7. 1921 zu einem höheren Preise veräußert worden sind, der Nachversteuerung deshalb nicht unterliegen, weil die Veräußerung unter der Herrschaft des neuen Gesetzes erfolgt ist und die Neufassung keine Besteuerung und infolgedessen auch keine Nachversteuerung für Grundstücke als Gattenerbe vorsieht.

Zimmerhin scheint diese Frage strittig und könnte von Finanzbehörden zumungunsten des überlebenden Ehegatten aufgefaßt werden. Zweifellos liegt aber hierin eine große Härte, die unersetzliches Gattenerbes vom Gesetzgeber nicht gewollt ist. Abgesehen von § 108 des R.-M.-D. gibt aber der Artikel 3 des Gesetzes zur Änderung des Erbschafts-

steuergesetzes dem Reichsfinanzminister die Möglichkeit, hier helfend einzugreifen. Der Reichs-Landbund bittet daher, im Wege der Verordnung zu bestimmen, daß Grundstücke, die als Gattenerbe vor dem 1. 7. 1921 angefallen und infolgedessen der Erbschaftsteuer unterworfen werden, von einer Nachversteuerung gemäß § 47, Abs. 6 zu befreien sind, wenn sie nach dem 1. 7. 1921 veräußert werden.

Der Reichs-Landbund bittet um Mitteilung aller Fälle, die mit der obigen Eingabe in Zusammenhang stehen und macht die Steuerpflichtigen darauf aufmerksam, daß hier der § 108 der Abgabenordnung, welcher den Reichsfinanzminister zum Erlaß von Steuern in Härtefällen berechtigt, am Platze sein dürfte.

Eine bezeichnende Begründung.

Auf die Beschwerde des Landbundes Provinz Sachsen an den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen über das Verbot des Landbundesfestes in Loburg hat der Oberpräsident nachfolgende Antwort erteilt:

Nach § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik vom 26. 6. 22 können Versammlungen, Aufzüge und Kundgebungen verboten werden, wenn die Befürchtung begründet ist, daß in ihnen Erörterungen stattfinden, die die republikanischen Einrichtungen des Staates in einer den inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise verächtlich machen.

Wenn dortselbst auch behauptet wird, daß der Landbund parteipolitisch neutral ist, so gilt er doch in den Kreisen der Landarbeiter — ob zu Recht, kann dahingestellt bleiben — als reaktionär und monarchistisch gesinnt. Seine Veranstaltungen wirken auf die Landarbeiterschaft provozierend.

Wie mir amtlich mitgeteilt wurde, bestand daher die Befürchtung, daß das Landbundesfest durch Gegendemonstrationen gestört und daß es bei dieser Gelegenheit zu Ausschreitungen und Exzessen kommen würde. Da die Polizeiverwaltung in Loburg bei ihren schwachen Kräften die Verantwortung dafür, daß keine Zusammenstöße sich ereignen würden, nicht übernehmen konnte, ebenso wenig der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, weil niemand die Psyche einer erregten Volksmenge richtig beurteilen kann, habe ich das Landbundesfest, da die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung bedroht war, verboten, die Gewerkschaften jedoch ausdrücklich gestattet, um wirtschaftliche Schädigungen der dabei Beteiligten zu verhindern.

gez. Hörning.

Der Reichs-Landbund kann es getrost den über hunderttausend ihm angeschlossenen Landarbeitern überlassen, sich mit der Behauptung von der „provozierenden Wirkung der Landbund-Veranstaltungen“ auseinanderzusetzen.

Arbeitslosenversicherung.

Die Durchsicht des neuen Entwurfs über die Arbeitslosenversicherung ergibt, daß die Regierung von den gegen den Vorentwurf erhobenen Bedenken wohl zahlreiche von den Gewerkschaften geltend machte, aber kaum einen der von den Arbeitgebern, insbesondere der Landwirtschaft, erhobenen, berücksichtigt hat. Die Landwirtschaft einschließlich der Reichsarbeitsgemeinschaft hatten die völlige Freilassung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer aus der allgemeinen Arbeitslosenversicherung gefordert, weil in der Landwirtschaft wohl ein fühlbarer Arbeitermangel, nicht aber die Gefahr der Arbeitslosigkeit besteht und die Einbeziehung der Landwirtschaft in die Versicherung deshalb nur eine neue Sonderbesteuerung der Landbevölkerung zugunsten der Industriearbeiter darstellt. Es ist möglich, daß man im Reichsarbeitsministerium geglaubt hat, den Forderungen des Reichs-Landbundes dadurch genügend Rechnung zu tragen, daß die Versicherungspflicht auf diejenigen Landarbeiter nicht ausgedehnt wurde, die eine eigene Landwirtschaft von ausreichender Größe haben oder deren Arbeitsvertrag eine halbjährige Kündigungsfrist vorsieht, sowie auf die landwirtschaftlichen und häuslichen Gesindepersonen. Es ist dann aber übersehen worden, daß neuerdings die Tarifverträge in der Landwirtschaft häufig eine weit längere, oft nur 14tägige Kündigungsfrist vorsehen. Derartige Bestimmungen sind getroffen worden, um die Entlohnung leichter dem ständig sinkenden Geldwert anpassen zu können. An der Forderung der grundsätzlichen völligen Nichtbeziehung der Landwirtschaft in das Gesetz muß deshalb unter allen Umständen festgehalten werden.

Der Eintritt des Versicherungsfalles wird genauer bearebeitet werden müssen: die Voraussetzun-

gen: unfreiwillige Arbeitslosigkeit, Arbeitswilligkeit und Arbeitsfähigkeit sind derart dehnbar, daß sie zu endlosen Streitigkeiten führen müssen.

Die Gefahr der Arbeitslosigkeit wird sehr häufig durch leichtsinnigen Berufswechsel oder Abwandern in andere Bezirke vergrößert. Die hierdurch hervorgerufenen Fälle von Arbeitslosigkeit werden ins Uferlose wachsen, wenn die einzigen Hemmungen des Berufswechsels und des Abwanderns, die verschärfte Gefahr der Arbeitslosigkeit, durch eine Arbeitslosenversicherung beseitigt werden. Eine gewisse Regulierung der Freizügigkeit ist deshalb die notwendige Ergänzung der Arbeitslosenversicherung.

Der Entwurf sieht nur eine Gefahrenklasse mit 3 Beitragsstufen vor. Berufe, in denen regelmäßig während eines Teiles des Jahres eine gewisse Arbeitslosigkeit eintritt, werden durchschnittlich höher entlohnt und erhalten dadurch schon eine Sondervergütung für die erhöhte Gefahr der Arbeitslosigkeit. Es liegt deshalb kein Grund vor, Berufe mit geringer oder gar keiner Arbeitslosigkeitsgefahr, die dementsprechend auch geringer entlohnt werden, zur Ausbringung der Mittel für die Arbeitslosenversicherung der erwähnten Berufsgruppen heranzuziehen. Die Bildung von Beitragsstufen reicht also nicht aus, die Schaffung besonderer Gefahrenklassen für die einzelnen Berufsgruppen und die Ausbringung der in diesen Klassen erforderlichen Mittel durch diese selbst muß unbedingt gefordert werden.

Die Höhe der Beträge, die als Arbeitslosenunterstützung zu zahlen sind, wird im Entwurf mit Rücksicht auf die schwankenden Geldverhältnisse nicht festgesetzt, vielmehr dem Reichsarbeitsminister überlassen, der sie im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen und dem Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung bestimmen soll. Die Festsetzung bedarf der Zustimmung des Reichsrats und eines vom Reichstag gewählten Ausschusses von 28 Mitgliedern. — Diese Vorschriften geben keinerlei Gewähr, daß die Bezüge nicht ins Uferlose wachsen und daß bei der unvermeidbar oft nur mangelhaften Kontrolle durch die Arbeitsnachweise die Arbeitslosenunterstützung nicht zu einer Art Fehlschüsse wird. Eigenartig berührt ferner, daß der Reichsarbeitsrat hierbei völlig ausgeschaltet werden soll, obgleich ein paritätischer von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildeter Ausschuss des Reichsarbeitsrats für die Zustimmung weit geeigneter wäre als eine Reichstagskommission, auf deren Beschlüsse Wahrscheinlich einen bestimmenden Einfluß ausüben können.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Differenzen im Bankgewerbe.) Wie der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten mitteilt, habe der Reichsverband der Bankleitungen erklärt, daß er beabsichtige, am 30. August die August-Bezüge noch einmal zur Auszahlung zu bringen, außerdem den verheirateten Beamten 2500 und für jedes Kind 1000 Mark einmalig auszuzahlen. Der Reichsverband der Bankleitungen erhebt dagegen den Einwand, die Auszahlung sei zu verrechnen gegenüber der tariflich vorgesehenen Revision der Augustbezüge, die anfangs September stattfinden soll. Die Angestellten behaupten, das bedeute nur einen Vorstoß und verlangen die außerordentliche Verrechnung als besondere Feuerungszulage. Sie behalten sich Organisationsmaßnahmen vor.

Paris. (Generalarbeit in Le Havre.) In Le Havre, wo die gesamte Arbeiterschaft zur Unterstützung der streikenden Metallarbeiter den Generalstreik beschlossen hat, beginnt die Lage trüblich zu werden. Die Zahl der Streikenden beträgt über 40 000. Während die Arbeiter bisher eine ungewöhnliche Disziplin und Ruhe an den Tag gelegt hat, mehren sich die Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten. Straßenbahn und sonstiger Verkehr liegen still.

Berlin. (Regelung der Bergarbeiterlöhne.) Im Anschluß an die Lohn- und Überschichtverhandlungen für das Ruhrgebiet wurden im Reichsarbeitsministerium die Löhne für die übrigen Stein- und Braunkohlenreviere teils im Wege freier Vereinbarung, teils durch Schiedssprüche geregelt. Die Parteien werden sich über die Annahme der Schiedssprüche bis zum 4. September erklären.

Für Kinder

ist die beste Seife

Preckensperd Buttermilch-Seife

Drogerie Carl Menke, Halver, Frankfurterstraße
Herm. Köster, Galanteriewaren, Halver.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Bekanntmachung.

Wandergewerbescheine für das Jahr 1923 sind spätestens im September ds. Js. im Amtshaus hier, Zimmer 2, zu beantragen.
Halver, den 22. Aug. 1922 Der Amtmann.

Amt Halver.

Alle rückständige Steuern und sonstige Abgaben müssen bis zum 30. ds. Mts. gezahlt sein, widrigenfalls Zwangsbeitreibung erfolgt. — Diese Mahnung ist gebührenpflichtig.
Halver, den 24. August 1922.

Rassen des Amtes Halver.

Bekanntmachung.

Der Nachtragshaushaltsplan der Gemeinde Kierspe für 1922 liegt im Amtshaus, Zimmer 3, 2 Wochen zur Einsicht der Gemeindeglieder offen.
Kierspe, den 23. Aug. 1922. Der Amtmann.

Lederwaren

Damenhandtäschchen
Besuchstäschchen
Aktenuappen
Briefstaschen
Geldbrieftaschen
Portemonnaies

kaufen Sie noch preiswert!
Wilh. Bell jr., Halver.

Vornehme u. geschmackvolle

Drucksachen

für Geschäfte und Private.

Spezialität:

Familien- u. Vereins-

Drucksachen

wie: Visitenkarten,

Verlobungskarten,

Verlobungs-Briefe,

Danksagungs- und

Gratulationskarten

usw. usw.

Trauerbriefe

Die Geschäftsstelle
dieser Zeitung.

Herzlichen Dank

sage ich allen denen, die meiner Frau während meiner Abwesenheit bei dem Brandunglück so tatkräftige Hilfe geleistet, insbesondere auch der Freiwilligen Feuerwehr Halver für ihr schnelles und energisches Eingreifen.

Ludwig Lahne,
Halver Eichholz.

Anzüge

Hosen
Schlüpfer
erhalten Sie bei uns auf
Kredit
und bequemer
Abzahlung.
Reichhaltiges Lager
Reelle Bedienung.
Bekleidungs-Haus
„Westfalia“
HAGEN I. W.,
Elbersrufer 10, Edeka-Haldenst.

Mädchen,

welches zu Hause schlafen kann, für leichte Hausarbeit auf sofort gesucht.

Frau Carl Bothenrath,
Schwenke.

Für sofort ein

Gesent-

schlosser

für kleine Gesente in selbstständige Stellung gesucht.

Angebote unter S. 1708 an die Geschäftsstelle des Allgem. Anz., Halver, erbeten.

Schwarze Sandtische

mit Inhalt
auf dem Wege von Vöb-
bach nach Halver

verloren.

Gegen Belohnung abzugeben bei Aug. Scharmächter, Vöb-
bach.

Vorrätig auf Lager:

schwefelf.

Ammoniak.

Albert Herdepe,
— Halver. —
Telefon Nr. 40.

Westfalenkalender

1923

30. — Mark.

vorrätig.

Buchhandlung

Wilh. Bell jr.,
Halver.

Zigarren! Zigaretten!

Rauch- u. Kautabake
nur beste Qualitäten!

Echte Brunnerpfeifen
und -Rohren,
Zigarren- u. Zigarettenspitzen,
Tabakdozen und -beutel,
Zigarren- u. Zigarettenetuis
in großer Auswahl
empfiehlt

Fr. Herm. Bohmer,
Schalksmühle.